

In der Sozialpolitik besteht dringender Handlungsbedarf

Als ich den Artikel über den Fall Jeton G. gelesen habe, musste ich mir die Augen reiben und das Ganze nochmals durchlesen. Trotz eindeutiger Sachverhalte, die zum wiederholten Male auftauchen, schiebt SP-Fraktionspräsident Markus Späth die Schuld auf die Sozialbehörde Regensdorf ab. „Weder die Gesetze noch das System sind das Problem“ lässt sich der feine Herr zitieren. Nun soll also die Sozialbehörde Regensdorf für die Missstände verantwortlich sein. Dabei ist deren prominentestes Mitglied, die SVP-Kantonsrätin Barbara Steinemann, eine der vehementesten Verfechterinnen einer harten und sauberen Sozialpolitik. Nein Herr Späth! So einfach kann es sich die Linke nicht machen.

Es fehlen griffige Hebel

Jahrelang haben sich linke Politiker wie die ehemalige Stadtzürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker gegen die Bekämpfung von Missbräuchen gestemmt. Erst als am 1. Mai 2007 eine Luxuslimousine brannte und sich herausstellte, dass diese einem irakischen Sozialhilfeempfänger gehört, kamen die Dinge ins Rollen. Stillschweigend wurden die Rezepte der SVP eingeführt und aufgeräumt. Nun haben wir das Jahr 2015 und der Kantonstrat hat es dank linkem Widerstand bis heute nicht fertiggebracht, griffige Hebel zu schaffen, um die Missbräuche einzudämmen. Ganz im Gegenteil, die Gemeinden wurden alleine gelassen und sahen sich gezwungen, selber aufzuräumen und teilweise aus der SKOS auszutreten. Schaut man sich den konkreten Fall an, dann war es sicher schon ein kapitaler Fehler, diese Person einzubürgern. Hier gilt aber der Vertrauensvorschuss und die grosse Mehrheit der eingebürgerten Secondos sind in der Tat gute Staatsbürger. Der zweite Fehler war der unterbliebene Informationsaustausch zwischen der Justiz und der Sozialbehörde. Künftig müssen auch Polizei und Strafvollzug in die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) einbezogen werden. Zu guter Letzt liegt der Fehler bei den SKOS Richtlinien, denn eine Kürzung von 15 Prozent ist für einen Kriminellen keine Sanktion, sondern ein Witz von Gutmenschen.

Ausbürgerung einführen

Es ist zu befürchten, dass es noch ein paar schlummernde „Jeton. G Fälle“ in unserem Kanton gibt. Daher müssen der Kantonsrat und die Regierung nun handeln und das Sozialwesen endlich aufräumen. Staatlich subventionierte Jaguar-Fahrer können wir uns sowieso nicht leisten, selbst wenn sie Regierungsräte wären. Hinsichtlich der Zukunft des Delinquenten muss zwingend die Möglichkeit einer Ausbürgerung geprüft werden. Die Rückkehr allfälliger Dschihadisten mit Schweizer Pass aus Syrien oder Irak wird uns früher oder später sowieso vor dieses Dilemma stellen. Wer nicht an der demokratischen Wertegemeinschaft mitarbeitet, soll auf keinen Fall von dieser Unterstützt werden und hat unser Land zu verlassen. Am 12. April haben wir es in der Hand ein klares Zeichen zu setzen.

Daniel Wäfler, ehemaliges Mitglied Sozialbehörde Gossau ZH